

ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHE RECHTSPOLITIK
an der Universität Bremen

ZERP

Carl Otto Lenz

**Das deutsch-französische Verhältnis und sein Einfluss auf
die Europäische Union**

ZERP-Diskussionspapier 2/2003

IMPRESSUM

Herausgeber: Zentrum für Europäische
Redaktion: Rechtspolitik an der
Vertrieb: Universität Bremen
Universitätsallee, GW 1
28359 Bremen

Schutzgebühr: €8,- (zzgl. Versandkosten)

Nachdruck: Nur mit Genehmigung des
Herausgebers

ISSN: 0947 — 5729

Bremen, im Dezember 2003

Das deutsch-französische Verhältnis und sein Einfluss auf die Europäische Union

**Zugleich ein Beitrag zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
und zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)***

Carl Otto Lenz

Ich will Ihnen persönliche Eindrücke vortragen auf dem Hintergrund, dass ich über 20 Jahre für die Europäischen Gemeinschaften gearbeitet habe, aber dann auch eben lange Zeit in deutsch-französischen Beziehungen, und ich habe auch einen gewissen amerikanischen Hintergrund. Mein Thema lautet: Ist der deutsch-französische Sonderbund für die Vereinigten Staaten von Europa – oder wie immer Sie das nennen wollen – etwas Gutes oder etwas Schlechtes oder worauf kommt es an? Als Jurist kann ich natürlich sagen: Die dritte Antwort ist richtig; es kommt darauf an. Und ich werde versuchen zu sagen, warum es darauf ankommt oder worauf es ankommt. Ansatzpunkt ist zunächst einmal die 40-Jahr-Feier des deutsch-französischen Vertrages. Dann werden wir 40 Jahre zurückgehen zum Abschluss des deutsch-französischen Vertrages und dann die übrigen Phasen deutsch-französischer und europäischer Geschichte nach dem Krieg kurz streifen, dann etwas über die Konferenz von Nizza, Bilanz und Ausblick.

Also: 40 Jahre Elysée-Vertrag. Ein solches Jubiläum habe ich selbst einmal miterlebt, nicht nach 40, sondern nach 20 Jahren, 1983 – damals war ich Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen und habe an den damaligen Feierlichkeiten teilgenommen. Das birgt immer eine gewisse Gefahr, dass es zwar Routine wird und eigentlich nichts Besonderes, und dass da viel Show gemacht wird ohne Substanz. Ganz sicherlich kann man das von den 40 Jahren nicht sagen. Die haben Furore gemacht, und zwar eben wegen einer deutsch-französischen Haltung – ob sie gemeinsam war oder nicht, darüber wollen wir jetzt nicht streiten – zu der amerikanischen Irak-Politik. Lassen Sie uns das Ganze auf einem europapolitischen Hintergrund betrachten.

Letzten Sommer, bei uns war Wahlkampf, hat die Geschichte angefangen, heiß zu werden, und damals haben die Engländer von vornherein klar gemacht, wo sie stünden. Das hat überhaupt niemanden aufgeregt. Es wurde zur Kenntnis genommen als einer der üblichen englischen Sonderwege, als Sonderverhältnis zu den

* Die Fassung des Vortrages am 28.02.2003 im Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP) an der Universität Bremen wurde beibehalten.

Vereinigten Staaten. Man fand das vielleicht nicht so schön, aber richtig aufgeregt hat sich niemand. Und dann kamen nun die Deutschen und die Franzosen und haben da eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben, die sich von der britischen beträchtlich unterschied. Und was ist dann passiert? Dann hat es einen Aufschrei gegeben. Es gab erst die Aktion des gemeinsamen Briefs der acht, dann kamen noch mal zehn dazu. Kurzum, die Sache war äußerst kontrovers und es war deutlich zu erkennen, dass die acht und nachher die anderen zehn – zum Teil waren sie auch identisch – absolut keine Lust hatten, sich von der gemeinsamen deutsch-französischen Initiative in die Pflicht nehmen zu lassen. Was sie bei den Engländern klaglos toleriert hatten, stieß auf den entschlossenen, öffentlichkeitswirksamen, in verschwörungsartiger Weise vorbereiteten Widerspruch erst der acht und dann der zehn. Wenn man das mal europapolitisch versucht einzuordnen, war das eine ziemliche Katastrophe. Der Kontinent war gespalten und der um öffentlichkeitswirksame Ausdrücke nie verlegene amerikanische Verteidigungsminister hat dann auch Europa in alt und neu eingeteilt. Ob die Klassifizierung stimmt, will ich dabei beiseite lassen, aber dass da etwas geteilt war, das hat er nicht *erfunden*, das hat er *gefunden*, das war der Befund, der Sachverhalt.

In Brüssel tagt der Europäische Konvent. Wir reden seit Jahren von einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, und wenn es Spitz auf Knopf steht, dann ist davon überhaupt nichts zu merken. Wenn ich das einmal vom Standpunkt eines Kodex des guten Benehmens betrachte, haben schon die Engländer einen Fehler gemacht, dann die Deutschen und die Franzosen, dann die übrigen. Keiner von ihnen verhält sich richtig korrekt, und der ehemalige belgische Premierminister Dehaene, der auch Vizepräsident des Konvents ist, hat dazu Folgendes gesagt:

„Everyone’s at fault in what happened recently. Those who followed the United States without consultation didn’t act in the European spirit, but the assumption France and Germany can decide on something and everyone else should follow, that’s not European spirit either.“

Dehaene ist bekannt für führende Mitgliedschaft im Club der deutlichen Aussprache und hat offensichtlich die Fähigkeit, mit wenigen Worten die Sache auf den Punkt zu bringen. Ich möchte aber noch mal an den Anfang zurück. Als die Engländer das taten, was Dehaene hier beschreibt, gab es Kopfschütteln, mangelnde Zustimmung, aber eigentlich keinen Protest. Als die Franzosen und Deutschen etwas Ähnliches im gleichen Feld und nach der gleichen Methode taten, da gab es Protest. Und das war nicht zum ersten Mal so.

Wenn Sie 40 Jahre zurückgehen, zum Abschluss des deutsch-französischen Vertrages, muss man sich die allgemeine europapolitische Lage von damals kurz ins Gedächtnis zurückrufen. Gut eine Woche vor Abschluss des Vertrages hatte General de Gaulle in einer seiner berühmten Pressekonferenzen den Engländern die Tür zum Gemeinsamen Markt nicht nur zu, sondern ins Gesicht geschlagen. Er hat u.a. die welterschütternde Erkenntnis veröffentlicht, England liege auf einer

Insel und ernähre sich von fernen Kontinenten. Das letztere hat sich inzwischen geändert, die Briten ernähren sich aus dem Gemeinsamen Agrarmarkt wie alle anderen auch, aber auf einer Insel liegen sie noch immer, obwohl, seitdem man durch den Tunnel unter dem Kanal durchfahren kann, auch das schon nicht mehr ganz so inselhaft ist wie früher. Adenauer hat den Abschluss des deutsch-französischen Vertrages als Krönung seiner politischen Arbeit betrachtet. Mit dieser Einschätzung stand er bei Abschluss des deutsch-französischen Vertrages weitgehend allein. Die Amerikaner waren super-sauer. Sie haben von einem schwarzen Tag für Europa gesprochen, und der damalige Under-Secretary of State, George Ball, hat ein anti-amerikanisches Komplott gesehen. Edward Heath hat davon gesprochen, wenn es eine Ratifikation dieses deutsch-französischen Vertrages gebe, werde Adenauer bald abgesetzt, und auch in den Beneluxländern war die Meinung etwa auf der gleichen Tonlage. Im Übrigen: meines Erachtens vergisst man hier die Italiener, die waren genauso begeistert wie die Beneluxländer.

Man fragt sich natürlich, ob das die Promotoren des Vertrages nicht hätten voraussehen können; es waren schließlich keine Anfänger. Aber de Gaulle war von der öffentlichen Meinung ziemlich unabhängig, und für de Gaulle war der Abschluss des deutsch-französischen Vertrages sozusagen das Überbleibsel eines ehrgeizigeren Plans, nämlich der politischen Organisation Europas durch die sog. Fouchet-Pläne. Das waren Pläne, die eine Zusammenfassung der sechs Staaten des Gemeinsamen Marktes in einer Regierungskonferenz vorsahen, die dort gemeinsame Haltungen in *allen* entscheidenden Fragen erarbeiten sollte – politisch, militärisch, wirtschaftlich – auf diese Weise die Institution des Gemeinsamen Marktes überlagernd und ein europäisches politisches Gemeinwesen (die Italiener würden sagen: ein *ente*; vielleicht passt das hier sogar ganz gut) zu schaffen, das ihm erlauben würde, gegenüber den Vereinigten Staaten eine unabhängigere Rolle einzunehmen. Das war immer schon sein Spiel. Er hat es den Amerikanern und Engländern nie verziehen, dass sie Frankreich befreit haben. Das zieht sich eigentlich durch sein ganzes Leben hindurch: Frankreichs Rang als Weltmacht wieder zum Tragen zu bringen, und auf diese Weltmacht fiel nun einmal der Schatten der Vereinigten Staaten, verkörpert im NATO-Bündnis.

De Gaulle wollte innerhalb dieses Rahmens eine selbständigere Stellung anstreben, und da Frankreich materiell dazu nicht in der Lage war und er das auch ganz genau sah, brauchte er also jemanden, der ihn stützte, und seine Idee war: Das sollten die Länder des Gemeinsamen Marktes machen. Aber diese machten das nicht. Sie zeigten daran wenig Interesse. Es hat jahrelange Verhandlungen gegeben: Fouchet I, Fouchet II, aber schlussendlich hatten vor allen Dingen die Holländer und die Italiener keine Lust, sich unter einem nur schlecht verhüllten deutsch-französischen Kondominium einzuordnen, wobei man, glaube ich, sagen muss, dass die Tatsache, dass es die zwei waren, die Sache nicht erleichtert, sondern eher erschwert hat. Napoleon hat versucht, Europa zu einigen; das haben die

Europäer nicht gewollt. Karl V. hat es versucht; das haben die Europäer nicht gewollt. Und Napoleon und Karl V. zusammen schienen ihnen auch kein wesentlicher Fortschritt zu sein. Also, der Vertrag kam nicht zustande, und schließlich und letztlich blieben nur die Deutschen übrig, mit denen man das noch machen konnte. Da diese aber sowieso etwa 60% dieses ganzen Clubs ausmachten, war das vielleicht nicht so schlimm. Also, die Interessenlage von de Gaulle war einigermaßen klar: Er wollte das haben, um ein Gegengewicht gegenüber der amerikanischen Präsenz in Europa zu haben.

Warum aber Adenauer? Wir schreiben das Jahr 1963 – damals war John F. Kennedy Präsident der Vereinigten Staaten, und Kennedy versuchte, zu einem irgendwie gearteten besseren Verhältnis mit der Sowjetunion zu kommen. Außerdem verstand sich Adenauer mit ihm nicht besonders gut, aber das war für ihn nichts Neues; er hatte sich auch mit Eisenhower nicht gut verstanden. Aber er fürchtete, dass die Amerikaner und die Russen zusammen über den Kopf Deutschlands hinweg Festlegungen treffen würden, die den deutschen Interessen abträglich wären. Um diese abzuwehren, brauchte er einen Verbündeten, und den fand er zwanglos in de Gaulle, von dem er zwar sicherlich wusste, dass er mit den ehemals deutschen Ostgebieten nichts im Sinn hatte, aber dessen ganzer geistiger Zuschnitt es eigentlich ausschloss, dass er die DDR als eine legitime Figur der europäischen Geschichte ansah. Er hat ja gesagt: Die DDR „... est une création artificielle“, etwas Unnatürliches, und damit lag er völlig auf der Linie von Adenauer. Und mit de Gaulle zusammen eine amerikanisch-sowjetische Verständigung über ihre Köpfe hinweg oder zu ihren Lasten zu verhindern, das sah dann schon sehr viel besser aus.

Der Abschluss stand europapolitisch gesehen unter keinem guten Stern und wurde von vielen Europäern abgelehnt, übrigens auch von vielen Deutschen. Es war ein offenes Geheimnis, dass es im Kabinett Adenauers eine Front gegen den Vertrag gab; das waren der Vizekanzler Erhard, der Außenminister Schröder und Verteidigungsminister von Hassel, also genau diejenigen, die Adenauer brauchte, um den Vertrag umzusetzen. Und der Deutsche Bundestag hat dann, das konnte Adenauer nicht verhindern, die berühmte Präambel diesem Vertrag vorausgesetzt, wo eben drin stand: Dieser Vertrag gilt im Rahmen der NATO, der EG, etc. Das hat den Sondercharakter, den sich die beiden alten Herren vorgestellt hatten, schlicht in Abrede gestellt oder jedenfalls zu verhindern gewünscht. Es war für einen Beobachter der Politik interessant festzustellen, dass selbst in einer Domäne, die in Frankreich *domaine réservée* des Staatspräsidenten ist, in Deutschland eben das Parlament sich mit Macht einschalten konnte. Nun waren diese Politiker natürlich nicht gegen die deutsch-französische Verständigung, aber sie wollten eben keine Verständigung, die sie in einen möglichen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten brachte. Ich glaube, das muss man feststellen, das war der Kern der gesamten Opposition: nicht gegen Europa, nicht gegen eine deutsch-französische

Verständigung, aber sehr wohl gegen eine Politik, die die Ufer des Atlantik weiter auseinanderrücken ließ, die einen Keil zwischen Europa und Amerika treiben würde.

Und wenn Sie die beiden Vorgänge jetzt mal zusammen nehmen, die 40-Jahr-Feier und den damaligen Abschluss, werden Sie feststellen, hier gibt es eine ganz erstaunliche Kontinuität. Die parteipolitischen Zuordnungen haben sich ein bisschen geändert, aber in der Essenz ist das, was Frau Merkel heute in Amerika sagt, das, was in der berühmten Präambel des deutsch-französischen Vertrages steht: Wir wollen uns nicht von euch trennen, solange ihr mit uns zusammenbleiben wollt. Und ich glaube, die erste Lehre, die man ziehen sollte, ist: Wenn man über europäische Außenpolitik redet, muss man dieses Faktum fest im Auge haben.

Aber lassen Sie mich in einem nächsten Abschnitt über übrige deutsch-französische Dinge reden. Die erste deutsch-französische Initiative, die es nach dem Krieg gab, war der Schuman-Plan, die berühmte Erklärung des französischen Außenministers vom 9. Mai 1950, in der er die Schaffung eines Gemeinsamen Markts für Kohle und Stahl unter einer Hohen Behörde vorschlug. Der Plan betreffe, hat er gesagt, in erster Linie Deutschland und Frankreich, aber alle anderen europäischen Länder seien eingeladen mitzumachen. Und er schreibt in seinem Buch „Für Europa“, dass die vorherige Zustimmung Adenauers zu dem Plan die Voraussetzung seines Starts und erst recht natürlich seines Erfolges war. Hier haben wir eine deutsch-französische Initiative, die die zwanglose Gefolgschaft der Beneluxländer und der Italiener gefunden hat und auch keineswegs auf Widerstand im Vereinigten Königreich gestoßen ist. Das ganze Vorhaben ist sehr viel besser gelaufen als spätere. Merkwürdigerweise wird in den Kreisen, die den Abschluss des deutsch-französischen Vertrages feiern, nie von Robert Schuman gesprochen. Er ist eine Unperson. Er und Monnet kommen nicht vor. Die Verdienste für die deutsch-französische Aussöhnung, für die europäische Einigung, die sind für de Gaulle und Adenauer reserviert, was der historischen Wahrheit eben einfach nicht entspricht. Angefangen haben Schuman, Adenauer und einige andere. Es ist richtig, dass de Gaulle diese Politik außer Streit gestellt hat. Und das hat dann auch binnen kürzester Zeit zum Abschluss des Vertrags geführt, aber dann kam die Geschichte ins Stocken.

Der nächste Vorschlag, nämlich eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen, ging auch wieder von Frankreich aus, und Deutschland hat mitgemacht, allerdings mit beschränkter Begeisterung, wenn meine Erinnerung mich nicht täuscht, denn erstens ging es um Militär und zweitens war Adenauers Steckenpferd die Gleichberechtigung – es steht ja im Grundgesetz: „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ – und die war hier nur schwer herzustellen. Die Franzosen waren halt ein Land mit einer Armee und einer Marine und einer Luftwaffe und einer langen Tradition und einem Sitz im Weltsicherheitsrat und so weiter und so fort, alles Dinge, die wir e-

ben nicht hatten und die die Gleichberechtigung ein bisschen beeinträchtigten. Daraus ist nichts geworden, aber ich möchte eins festhalten: Der Plan wurde von den anderen akzeptiert, ist schließlich von den Franzosen verworfen worden. Es gab deswegen keine Streitigkeiten mit Großbritannien, es gab keine Streitigkeiten mit Amerika, es gab das Zusammenbleiben der bisherigen Sechs. Es war eine Initiative, die unter europapolitischem Gesichtspunkt leider gescheitert ist, aber die jedenfalls richtig angepackt worden war.

Dann kam eine Sache, die ich wenigstens kurz erwähnen möchte, nämlich die Suez-Krise. Wie Sie wissen, gab es damals den Ungarnaufstand gegen die Sowjets, und im Schatten dieses Ereignisses haben die Franzosen und die Engländer zusammen den Versuch gemacht, den Suez-Kanal, den die Ägypter inzwischen nationalisiert hatten, zurückzuerobern, mit israelischer Hilfe. Aus der Geschichte wurde nichts, weil die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion diesen Mächten verboten haben, Krieg zu führen. Eisenhower auf der einen Seite und Chruschtschow auf der anderen Seite haben klar gemacht, sie würden das nicht tolerieren. Und da mussten die Engländer und Franzosen wieder abziehen. Beide haben ganz unterschiedlich auf diese Erfahrung reagiert. Die Engländer haben daraus den Schluss gezogen, dass man gegen die Vereinigten Staaten nichts machen könne, und die Franzosen haben daraus den Schluss gezogen, dass man von ihnen unabhängig sein müsse. Und so kam es schon in der 4. Republik zu Plänen, die Atombombe zu bauen, die dann unter de Gaulle weitergeführt wurden. Und de Gaulle betrachtete eben die Engländer sozusagen als den amerikanischen Degen auf dem Festland, so wie Preußen einige Jahrhunderte früher der Degen Großbritanniens auf dem Festland war. Und damit sind wir wieder beim deutsch-französischen Vertrag, dem Veto, und so weiter.

Kurz darauf gab es dann den berühmten Plan des Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, den Hebel der Gemeinsamen Agrarpolitik zu benutzen, die Europäische Gemeinschaft mit einem eigenen Haushalt auszustatten und mit dem Übergang zu Mehrheitsentscheidungen voranzuschreiten. Das ist an de Gaulle gescheitert. Wenn Sie das, was ich bisher gesagt habe, Revue passieren lassen, ist es nicht erstaunlich. Es wäre, glaube ich, falsch, nur auf diesen engen europäischen Kontext zu gucken, sondern diese Sechs hatten sich als Basis für die gaullistische Politik als ungeeignet erwiesen und deswegen bedurfte es auch keiner weiteren Entwicklung. Da musste Schluss sein, keine Supranationalität; die Engländer sind draußen und Frankreich ist die stärkste Macht in diesem Kreis. Der Zustand ist gut, wir brauchen ihn nicht zu verändern. Die Kombination dieser beiden Dinge hat zu einer Stagnation bis 1969 geführt. Da sind noch wichtige Verordnungen erlassen worden, z.B. gerade auf dem Gebiet der Freizügigkeit der Arbeitnehmer – wenn Sie mal auf die Jahreszahlen gucken, da ist z.B. 1968 dabei – aber eine über den Rahmen von 1965 hinausgehende Entwicklung hat es nicht gegeben.

1969 änderten sich die Mitspieler: In Frankreich war es nicht mehr de Gaulle, sondern Pompidou, und in Deutschland nicht mehr Adenauer oder Erhard oder Kiesinger, sondern Willi Brandt. Brandt hatte ja ein klares Programm, nämlich die Ostpolitik, und unter diesen Umständen schien es wohl den Franzosen geraten, die Engländer mit ins Boot zu holen. Kurzum jedenfalls: Auf der Konferenz von 1969 in Den Haag hat man dann die politischen Hindernisse für den englischen Beitritt beiseite geräumt. Man hat zwar noch die Verhandlungen durchgeführt, aber die gingen dann sozusagen um die Anpassung an einen von allen Beteiligten gewollten Beitritt. Aber das war, soweit ich das sehen kann, auch das Einzige, was in den Jahren geschah, und es war eigentlich ein Nachvollzug einer Sache, die schon längst vorbereitet war, auch in den Köpfen der Leute. Die Holländer, zum Beispiel, wollten auch keinen supranationalen Fortschritt mehr ohne die Engländer, und mit den Engländern war er unmöglich.

Es war die Zeit der großen europapolitischen Widersprüchlichkeiten. Jeder hat ein paar Ziele gehabt, aber bei genauerem Hingucken waren sie nebeneinander nie zu verwirklichen. Wie man damals häufig sagte: De Gaulle will ein *Europe des Anglais mais sans les Anglais*, und die anderen wollen ein *Europe supranational mais avec les Anglais*. Die beiden Dinge gingen nicht. Man hat dann pragmatisch gesagt, man nimmt sie so herein und schaut, wie man zurechtkommt. Die Engländer haben auch in der nächsten Zeit nicht weiter gestört, und wissen Sie warum? Weil die mit sich so voll beschäftigt waren. Das war die Zeit der „englischen Krankheit“: die Engländer wollten rein in den Gemeinsamen Markt, dann raus, dann Volksabstimmung. Also, das war die Zeit des englischen wirtschaftlichen Niedergangs. Sie haben nichts beigetragen und auch nicht viel gestört.

Dann änderte sich die Geschichte wieder im Jahre 1974, weil sich die Beteiligten wieder änderten. In Frankreich trat Giscard d'Estaing an die Stelle von Pompidou, der gestorben war, und in Deutschland trat Helmut Schmidt an die Stelle von Willi Brandt. Die beiden kannten sich, waren beide Finanzminister gewesen, waren mit europäischen Entwicklungen in der einen oder anderen Form seit Jahren befasst. Schmidt und Giscard haben zwei Dinge gemeinsam gemacht: Das eine ist das Erfinden des Europäischen Rats – man hat die unregelmäßigen Gipfeltreffen, die es vorher gegeben hatte (also insofern war es so neu dann auch nicht) institutionalisiert. Das zweite war eben das Europäische Währungssystem, was die Einführung der gemeinsamen Währung erleichterte. Und sie haben nie große Schwierigkeiten gehabt, mit den Engländern nicht – darüber haben wir schon gesprochen – und die Amerikaner haben auch nicht sehr gestört. Das war die Zeit, als Nixon zurücktreten musste; dann kam Ford, eine kurzlebige Präsidentschaft, ohne dass dem eine Volkswahl vorausgegangen war; dann kam Carter.

Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing haben wohl die Runde der Sieben damals dominiert, weil sie am längsten im Amt waren und am meisten von der Sa-

che verstanden haben. Und die beiden haben immer sorgfältig vermieden, ihre Partner vor den Kopf zu stoßen. Sie haben nicht unabänderliche Weisheiten verkündet, sondern gesagt: „Sollten wir nicht mal zusammen prüfen, ob ...“ Und damit haben sie die Geschichte vorangebracht. Und außerdem war Schmidt, obwohl er in Deutschland eine beträchtliche Eitelkeit an den Tag zu legen pflegte, bei den Franzosen zurückhaltend und hat Giscard immer den Vortritt gelassen, hat die Liebe der Franzosen für Protokoll richtig einzuschätzen gewusst. Das lief eigentlich ganz gut, das kann man nicht anders sagen. Ich war damals Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, und durch diesen nicht-exklusiven Charakter der Europapolitik, den die damals betrieben haben, wurde damals auch deutlich, dass die Opposition, jedenfalls was die protokollarischen Dinge anging – nicht in die Gespräche selber, das kann man wirklich nicht verlangen – voll einbezogen wurde. Sie wurde nicht diskriminiert, sie wurde ordentlich behandelt, an die richtigen Tische gesetzt, etc. Das war alles mit sehr viel Fingerspitzengefühl gemacht. Was man den beiden, wenn man sie so sieht, eigentlich gar nicht zutraut, aber das haben sie sehr gut gemacht. Und ich glaube, auch daraus sind wichtige Schlussfolgerungen zu ziehen: Man kann ambitionierte Pläne haben, aber man muss sie eben in der richtigen Weise präsentieren.

Das ging auch in der Folgezeit so weiter unter Kohl und Mitterand. Das sah ja am Anfang gar nicht gut aus! Dieser Mitterand hatte einen Koalitionspartner, der wirklich auf der anderen Seite des Rheins keine Stürme der Begeisterung auslöste: die KPF. Und was uns damals besonders geniert hat, war, dass der erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten, der *ministre d'état* und Transportminister, ein Kommunist war. Das heißt, der Mann, der im Falle der Verteidigung für die Häfen, für die Eisenbahn, für die Straßen und die Flughäfen verantwortlich war, das war ein Kommunist. Das war nicht so ganz leicht herunterzuschlucken, und es sah auch nicht so aus, dass man in dieser Konstellation große Fortschritte machen würde.

Und dann hat der Mitterand eine Wirtschaftspolitik gemacht, so nach dem Motto, jetzt ist die Herrschaft des Volkes ausgebrochen; jetzt kriegt erst einmal jeder Geld in die Tasche. Er hat unter die Leute Staatsgeld verteilt, dass dadurch ein Kaufrausch – auch ein Importrausch - angefacht wurde, der die französische Währung in den Keller trieb. Die Franzosen haben daraufhin Devisenbewirtschaftung gemacht, was natürlich unter allen Abkommen verboten war. Ich war damals Koordinator, war dann bei der deutsch-französischen Handelskammer in Paris und habe gefragt: „Was sagt denn ihr dazu?“ „Ach“, sagten die, „rühren Sie nicht dran. Wir können ja nicht liefern, was die Franzosen von uns kaufen wollen“. Die haben BMWs und Mercedes und lauter Sachen, die man auch in Frankreich kaufen konnte, mit dem Geld, was der Mitterand unter die Leute gebracht hatte, gekauft.

Das ging natürlich nicht so weiter, und es gab zwei Möglichkeiten. Die eine

war, den Laden dichtzumachen, eine autarke, auf Frankreich bezogene Politik der Sanierung zu betreiben, die sich um die internationalen Dinge nicht kümmerte. Der Protagonist dieser Politik war Chevènement. Die andere Methode war, zu sagen: Wir müssen die Dinge mit den Regeln des Gemeinsamen Marktes wieder in Einklang bringen, sonst nabeln wir uns von der Entwicklung ab, und das kann nicht gut für Frankreich sein. Dazu brauchen wir allerdings Geld, und wer kann das Geld schon geben? Die Deutschen. Und dann hat sich, wie wir wissen, Delors bei Mitterrand durchgesetzt, und Stoltenberg hat die notwendigen Milliardenkredite zur Sanierung der französischen Wirtschaft bereitgestellt. Und damit fing die Geschichte an.

Es gab dann sehr bald die Stuttgarter Konferenz mit der feierlichen Erklärung von Stuttgart, den Plan des Binnenmarkts, der dann in Mailand aus der Taufe gehoben wurde, und zwar – das war das Neue an der jetzigen Konstellation – waren das nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern das war auch die Kommission in Gestalt von Delors. Und da sich das im Rahmen der Institutionen abspielte, war es wiederum für die anderen viel leichter zu schlucken. Außerdem waren es offensichtlich Pläne, die im allseitigen Interesse lagen. Sie waren gut für ihre Initiatoren, aber sie waren genauso gut für die anderen auch. Und so gab es eben diese Zeit zwischen 1983 und dem Tod von Mitterrand, wo wir die Einheitliche Akte und die Gemeinsame Währung unter Dach und Fach gebracht haben. Und die großen Auseinandersetzungen, ob supranational, ob intergouvernemental, spielten eine vergleichsweise untergeordnete oder überhaupt keine Rolle. Dieses Dreieck Deutschland/Frankreich/Kommission hat diese Diskussion leer laufen lassen, denn dass die Kommission etwas zu sagen hatte, war für jeden auch ohne Vergrößerungsglas ersichtlich.

Mit dem Abgang von Delors und mit dem Tod von Mitterrand änderte sich das, und wir bekamen auch in Deutschland neue Mitspieler, Chirac und Schröder. Das ging am Anfang gar nicht gut. Nizza ist dafür nur ein Stichwort. Die alten Rivalitäten brachen wieder auf, wobei das wohl in erster Linie den Franzosen zuzurechnen ist, vor allen Dingen Chirac. Chirac darf man aber deshalb nicht gleich ins anti-europäische Lager stecken, denn Mitterrand hatte die unglückliche Idee, den Maastricht-Vertrag durch eine Volksabstimmung billigen zu lassen, obwohl er es auch durch das Parlament hätte machen lassen können. Er hätte beinahe verloren, und hätte mit Gewissheit verloren, wenn Chirac ihn nicht gestützt hätte. Chirac selbst hat das auch in einer Fernsehdiskussion mit seinem damaligen Kontrahenten Jospin gesagt, der ihm schlechtes Europäertum vorwarf: „Also, lieber Freund, bei allem christlichen Wohlwollen: den Euro und Maastricht gäbe es nicht ohne mich.“ Das ist schon die historische Wahrheit gewesen.

Die Konferenz von Nizza hatte einen so verheerenden Eindruck gemacht, dass an eine Neuauflage keiner mehr dachte. Es hat dann bilaterale Treffen gegeben, wo man sich wohl besonnen hat, dass man das so nicht weitermachen könne, nicht

nur im Interesse Europas, sondern auch im Interesse Frankreichs und Deutschlands. Die Sache war einfach der Reputation abträglich. Und es gibt ja jetzt gemeinsame Pläne, aber was die wert sind, das weiß ich eigentlich nicht so genau.

Über der ganzen europäischen Weiterentwicklung schwebt nach wie vor die amerikanische Frage. Dass sich nun Chirac und Schröder da gefunden haben, hat zu dem geführt, womit ich angefangen habe. Und ich glaube, wir können vergessen, was an Konstruktionen im Konvent ausgedacht wird für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wenn wir nicht eine inhaltliche Beschreibung derselben zu geben vermögen.

Damit komme ich eigentlich auf den Römischen Vertrag zurück, auf den Vertrag über den Gemeinsamen Markt. Der hat Mehrheitsabstimmungen eingeführt, aber wenn Sie mal genau gucken, gibt es diese Mehrheitsentscheidungen nur auf solchen Feldern, wo mindestens die generelle Richtung der Politik festgelegt ist, wo es sich also bei den Abstimmungen nur noch um die schrittweise Verwirklichung oder Anpassung dieser Politik an veränderte Zeitvorgaben handelt. Wenn eine Richtung nicht festliegt, gibt es keine Mehrheitsabstimmung.

Wir müssen uns also den Kopf darüber zerbrechen, wie wir eine außenpolitische Formel finden, die die internen Streitigkeiten auffängt, die aber gleichzeitig flexibel genug ist, um sich den wandelnden Verhältnissen anzupassen. Sie muss einerseits Rechnung tragen dem französischen Wunsch, ein Europa zu haben, das auf eigenen Füßen steht, und muss andererseits dem Wunsch vieler anderer Europäer Rechnung tragen, die eine dauerhafte und freundschaftliche Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika wünschen. Und ich glaube, die beste Formel dafür hat ein Amerikaner gefunden. „Wir müssen die transatlantischen Beziehungen zueinander wie eine transatlantische Brücke sehen, wo es zwei selbständige Pfeiler gibt, den europäischen und den amerikanischen, die in gleicher Weise diese Beziehungen tragen.“ Das stammt von John F. Kennedy.

Vielen Dank.

Diskussion

Lenz: (...) Man fragt sich manchmal, ob da ein Preis ausgeschrieben worden ist für möglichst undiplomatisches Verhalten. Und dann habe ich den Eindruck, Paris hätte noch einige Mühen, den Apfel an den richtigen zu geben. Die überbieten sich ja gegenseitig. Man muss, glaube ich, zur Kenntnis nehmen, dass die Amerikaner von vielen Europäern als legitimer Teil Europas betrachtet werden, als ein Stück des real existierenden demokratischen Europa. Den Franzosen passt das nicht, okay. Wir können uns mit diesem Sachverhalt dann zufrieden geben

und das machen, was wir jetzt machen, d.h. wir spielen alle keine Rolle. Oder wir müssen uns einigen auf eine Position, die beide Elemente aufnimmt. Und wenn Chirac und Schröder einen derartigen Vorschlag ausarbeiten würden, bin ich ganz sicher, dass sie auf das europäische Treppchen kämen.

Falke: Dieser Konsens ist ein denkbarer, aber der ist sozusagen auf solch einem hohen theoretisch-abstrakten Niveau, dass er dann doch für die Verquickung der außenpolitisch brisanten Fragen mit innenpolitischen Anliegen in den jeweiligen Staaten nicht ausreicht. Es hat zwar diese Gemeinsame Erklärung gegeben, aber die war am selben Tag schon wieder zu Staub und Asche geworden, weil tatsächlich die unterschiedlichen sehr profilierten und innenpolitisch in der Diskussion verwendeten Argumente ihre Zuspitzung weiterhin verlangten. Deswegen wäre ich vorsichtig, von diesem Scherbenhaufen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Fragen der Irakkrise und des Verhältnisses zu den USA zu schließen auf den Zustand und den möglichen weiteren Entwicklungsgrad der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Denn da sind sehr viele Felder, in denen gemeinsame Erfahrungen gemacht worden sind, in denen die gemeinsamen Grundsätze auch bestimmt worden sind. Sie sind Grundlagen für gemeinsame Aktionen, die problemlos laufen, meist auf den Feldern, auf denen vorher Kriege und Bürgerkriege stattgefunden haben, nicht im Vorfeld und zur Vermeidung von solchen Ereignissen. Ich sehe sozusagen das Nebeneinander: gemeinsame Aktionen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, auch Perspektiven, das in einer institutionalisierteren Form als im Augenblick festzuschreiben in einem Europäischen Verfassungsvertrag, und ein weiter bestehendes Profilierungsbedürfnis der einzelnen Mitgliedstaaten in ihrer weltpolitischen Stellung den USA und anderen Großmächten gegenüber in Verknüpfung mit den ja klein gewordenen Profilierungsmöglichkeiten in der Innenpolitik. Die sind auch europaseitig so stark überlagert, dass dort auch wenig Profilierungsmöglichkeiten in der innenpolitischen Auseinandersetzung bestehen.

Lenz: Ich meine, das ist eine sicherlich zutreffende Beschreibung des Sachverhalts. Aber ich glaube, wenn wir uns einen Augenblick noch mal überlegen, was Herr Brüggemeier gesagt hat. Er hat ja das formuliert, was, glaube ich, alle denken, und wir kriegen das deshalb nicht rüber, weil das mit anderen Elementen vermischt wird. Wenn diese anderen Elemente nicht da wären, wenn man nicht den Eindruck hätte, es ginge bei dieser Frage, diesen Standpunkt durchzusetzen, um die Frage Chirac oder Bush, sondern es ginge bei dieser Frage nur um die Sachfragen, dann hätten die Europäer wahrscheinlich die Möglichkeit, die Amerikaner zu beeindrucken. Das einzige, was die überhaupt in Europa beeindruckt hat, war nach meinem Eindruck der Prozess der europäischen Einigung. Sonst fanden sie die Europäer ziemlich zweitklassig. Jedes Vierteljahrhundert muss man da rüberfahren und wieder Ordnung schaffen. Und dann muss man sie auch noch füttern, und wenn sie wieder groß geworden sind, werden sie frech. Also, so doll ist

das nicht. Aber die Tatsache, dass die Europäer versucht haben, sich zusammenzuschließen, diese Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, das hat die Amerikaner immer sehr schwer beeindruckt. Manche fanden das auch nicht so sehr im Interesse der Vereinigten Staaten. Das ist nicht die Frage hier. Es hat sie fasziniert, es hat ihre Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Und wenn wir denen sagen können: Jawohl, wir sind einig und wir sagen *das*, dann würden sie wahrscheinlich hören, und es gibt ja viele Stimmen in Amerika, die genau in die gleiche Richtung gehen, selbst in der Bush-Administration. Und wenn es die da nicht gäbe, wären wir ja schon längst abgemeldet. Die gibt's aber. Aber in unserem Zustand, wie wir uns jetzt da präsentieren, ist das natürlich eine Lachnummer. Die wollen uns vorschreiben? Die, die sind ja nicht mal in der Lage, sich auf eine gemeinsame Erklärung zu einigen und drei Tage lang durchzuhalten. Was ist denn das für ein Bild? Also, da müssen wir uns schon ein bisschen mehr anstrengen. Kennedy spricht ja da davon, dass es zwei selbständige Pfeiler geben soll, die in gleicher Weise tragen – davon kann doch überhaupt keine Rede sein!

Ich glaube, im Konvent redet man für meine Begriffe zu viel über institutionelle Konstruktionen. Die müssen immer bezogen werden auf Sachverhalte. Dass die intergouvernementale Methode nicht funktioniert, darüber brauchen wir überhaupt nicht zu reden. Wenn es eines Beweises bedurft hätte: wir haben ihn. Wir müssen eine Konstruktion finden, die das natürliche Übergewicht der Großen zur Geltung kommen lässt, ohne die Kleinen von der Mitwirkung auszuschließen. Und das war eigentlich die ganze Idee, die hinter der sogenannten Supranationalität steht: dass alle mitmachen können, dass jeder nach seinem Einsatz für das Ganze gewertet wird, und dass eben auch der Premierminister eines kleinen Landes gute Ideen haben darf, die dann von allen gemeinsam umgesetzt werden. Und der Eindruck, den Deutschland und Frankreich gelegentlich gemacht haben, war, dass sie eigentlich so gehandelt haben, als wüssten sie, was für die anderen gut wäre, und die bräuchten nur nachzulaufen. Wir wissen aus der Geschichte, dass das nicht funktioniert. Wir müssen deshalb diesen verhängnisvollen Weg nicht weiter gehen, sondern auch den Franzosen immer wieder sagen: „Jawohl, was ihr macht, ist gut. Wir machen auch einen gemeinsamen Vorschlag mit.“ Aber wir müssen klarstellen, dass die anderen den auch noch verändern können und dass wir bereit sind, uns neuen Einsichten zu öffnen. Das ist das A&O der Geschichte, sonst wird daraus nichts. In der Bundesrepublik Deutschland schließen wir ja auch Bremen nicht aus, trotz seiner vielen Schulden. Also, man muss die Wirklichkeit voll ins Bild nehmen – so wie sie ist. In einem Staatenkosmos, wie wir einen haben, gibt's eben im Grunde genommen nur das Prinzip der Freiwilligkeit, wir brauchen also die freiwillige Gefolgschaft der anderen. Wenn die „Kleinen“ den Eindruck haben, sie werden gezwungen, werden sie versuchen, sich dem zu entziehen, und werden vielleicht versuchen, sich dem zu entziehen, indem sie andere von außen zur Hilfe rufen.

Allnoch: Sie haben zum Schluss diese Formel, die auf zwei Pfeilern beruht, betont und da ist meine Frage, wie so eine Formel konkret aussehen könnte. So wie Sie es eben beschrieben haben, spiegelten sich die beiden Positionen auch in der Arbeitsgruppe des Konvents zu den Perspektiven der Gemeinsamen Verteidigungspolitik wider. Die Osteuropäer, die auf alle Fälle auf eine Kooperation oder die Aufrechterhaltung des Bündnisses NATO setzen, und eine andere Position, die vielleicht ein bisschen integrationsfreundlicher ist, die in dem Verfassungsvertrag vielleicht sogar eine Beistandsverpflichtung für teilnehmende Staaten vorsehen will. Jetzt würde ich ganz gern von einem so erfahrenen Mann wie Ihnen vielleicht eine Einschätzung hören, wie so eine Formel aussehen könnte für so einen Vertrag. Müsste die NATO in so einem Verfassungsvertrag genannt sein, und ist dann die Beistandsverpflichtung so, dass Europa Teil der NATO wird? Wäre das ein möglicher Weg? Und dass die teilnehmenden Länder der EU Beistandsverpflichtungen aussprechen? Halten Sie das für realistisch?

Lenz: Es gibt die Idee, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wieder aufleben zu lassen – wir haben ja kurz davon gesprochen – die ja bekanntlich an Frankreich gescheitert ist. Wenn von Frankreich eine Initiative käme, man sollte so etwas machen – und die EVG war ja damals im atlantischen Rahmen konzipiert – und würde das deutlich machen, nicht nur durchblicken lassen, sondern deutlich machen, damit ist eine irgendwie geartete Verbindung mit Amerika akzeptiert. Dann, glaube ich, ließe sich ungeheuer viel erreichen. Es gibt eben historische Situationen, wo das erste Wort von jemand bestimmtem kommen muss, und so ist ja auch die europäische Einigung zustande gekommen, weil Churchill diejenigen benannt hat, namentlich, die damit anfangen müssen: Deutschland und Frankreich. Und ich glaube, es müsste jemand den Franzosen sagen: Wenn ihr das wollt, nämlich eine unabhängige Stellung von den Vereinigten Staaten, dann müsst ihr auf die Partner, die ihr dazu braucht, ein Stück zugehen.

Röper: Sie haben mehrfach geschildert, dass die Veränderung der Mitspieler Europa vorangebracht hat (*Lenz:* großen Einfluss hatte, ja). Wenn wir im nächsten Jahr in Spanien Wahlen haben und die gehen so aus, wie jetzt die Umfragen sind, oder die Labour Party spaltet sich, wie es aussieht (*Lenz:* So weit sind wir noch nicht), und es gibt dort Änderungen, oder an anderen Stellen Änderungen. Welche Chancen geben Sie dem? Denn es sind ja offenbar mehr persönliche als staatspolitische Gründe, die hier eine Rolle spielen.

Lenz: Also, ich muss Ihnen ganz offen sagen, ich kann mir eine positivere Alternative zu Blair in Großbritannien nicht vorstellen. Von allen denen, die da rumlaufen, gefällt der mir immer noch am besten. In Spanien habe ich schon Besseres gesehen, ich geb' das zu, aber ich glaube, das sind Gedanken, denen man nicht nachhängen sollte. Wenn Sie sich die acht und die zehn angucken auf der einen Seite und Deutschland, Frankreich und Belgien auf der anderen Seite, dann werden Sie sehen, das eine ist die Peripherie und das andere ist das Zentrum, und

deswegen ja auch diese unterschiedliche Wahrnehmung. Wenn die Engländer an der Peripherie was machen, das regt niemanden ernsthaft auf, weil es die Dinge eigentlich nicht verändert. Wenn der Kern was macht, dann sieht das schon ein bisschen anders aus, und ich glaube schon, dass wir die Aufgabe, Europa zukunftsfest zu machen, nicht auf die Peripherie abladen dürfen, sondern das muss schon von den beiden Zentralstaaten ausgehen, sind morgen vielleicht Polen und Tschechien mit dabei. Sie haben das ja gesehen: die sechs Staaten des Gemeinsamen Marktes, von denen waren fünf jedenfalls ein kompakter geografischer Raum mit einer weitgehend einheitlichen Infrastruktur. Die hatten ja im Grunde genommen keine Angleichungsprobleme. Und die Italiener haben sich da drangehangen – was hätten sie denn anderes tun können? Die Engländer haben damals die EFTA erfunden, aber wir wissen, was daraus geworden ist. Das sind jetzt Länder, wenn sie nicht sowieso in der EG sind, die kriegen im Amtsblatt mitgeteilt, welche Vorschriften sie in Zukunft zu beachten haben. Das ist der Zustand. Also, ich glaube, wir sollten uns hier nicht der Illusion hingeben, andere müssten die Initiative ergreifen. Wir müssen es schon selber machen, und die guten deutsch-französischen Beziehungen sollten eben auch dazu dienen, mit den Franzosen diese Sache zu bereden, vielleicht nicht heute – im Augenblick sind sie so übermächtig, sind sie soviel stärker als wir, aber das wird ja kein Dauerzustand sein. Dass man wieder mit ihnen reden kann und dann sagen – ... oder vielleicht muss man es gerade jetzt machen? Das ist eine taktische Frage – dass sie eine derartige Initiative ergreifen könnten. Wenn das eine gemeinsame deutsch-französische Initiative ist, die offen ist für die Mitwirkung anderer und die nicht gegen die Vereinigten Staaten gerichtet ist, dann dürfte das wahrscheinlich einen großen Erfolg haben. Aber wenn diese beiden Bedingungen fehlen, oder auch nur eine der beiden, wird der Vorschlag scheitern. Ich glaube, insofern können wir wirklich Lehren aus der heute Nachmittag behandelten Geschichte ziehen.

Falke: Bedeuten nicht die Pläne, die EVG auferstehen zu lassen, gegenüber den Plänen der Gemeinsamen Verteidigungspolitik doch so etwas wie die Lokalisierung einer Verteidigungsgemeinschaft auf den europäischen Raum, während die Pläne zur europäischen Verteidigungspolitik eher darauf zielen, eine europäische Eingreiftruppe zur Verfügung zu stellen, die in global begründeten Konflikten Krisenherde stabilisiert, zur Krisenvermeidung beiträgt, also insofern keine klassische Verteidigungsgemeinschaft regionaler Art ist, weil auch diese weltpolitischen Bedrohungsszenarien einfach nicht mehr stimmen? Ich denke, das ist ein Rezept für ein Bedrohungsszenario aus der Vergangenheit, und die künftigen Herausforderungen der Sicherheitspolitik sind global und ganz anderer Art, müssen sozusagen Strukturkrisen als Konfliktquellen beseitigen. Es sind andere Formen gefordert, und da ist im Prinzip die Verknüpfung mit der NATO ein Hinweis auf genau diesen Tatbestand.

Lenz: Also, ich glaube, niemand., der diesen Gedanken nachhängt, will die

technische Konstruktion der Streitkräfte der damaligen Zeit übernehmen. Das hat keinen Sinn mehr. Die Idee der EVG war ja ein gemeinsames Handeln der sich in Europa beteiligenden Staaten im Rahmen der NATO, d.h. also, dass man da nicht zu 18 oder 19 sitzen muss, alle unverbunden, und jeder einzelne den Amerikanern gegenüberstehend. Das ist ein unmögliches Verhältnis. Die sind einfach dank ihrer eigenen Tüchtigkeit und unserer eigenen Schlafmützigkeit uns haushoch überlegen, und infolgedessen ist das ein grässliches Ungleichgewicht. Aber dafür können die Amerikaner nichts, das ist unsere Sache. Solange den Amerikanern ein handlungsfähiger Gesprächspartner gegenübersteht, der eben aus einem oder 1 ½ oder zwei Dutzend europäischen Staaten besteht, die so miteinander organisiert sind, dass sie erstens mal eigene Streitkräfte unterhalten können – das, was wir im Augenblick haben, das ist ja wirklich nicht ernst zu nehmen. Wir haben Bruchstücke der alten Verteidigungsstreitkräfte gegenüber der Sowjetunion, die sind aber nicht einsatzfähig, und wir haben ein paar Eingreiftruppen, vor allem die Franzosen und die Belgier, noch aus ihren Kolonialzeiten, die man schnell in ein paar Flugzeuge verladen kann, die dann die Amerikaner stellen müssen oder die wir von den Ukrainern mieten müssen. Das ist die Wahrheit! Was soll das eigentlich? Das ist doch ein Witz! Wir erheben Ansprüche, von denen jedermann sieht, dass sie nicht gedeckt sind. Wir müssen schon sagen: Okay, wir sind in der Lage, was weiß ich, 60.000 Mann auszubilden, auszurüsten und zu transportieren, den Anforderungen entsprechend, über die wir uns ja alle einig sind. Und wir haben 'zig verschiedene Marinens, Luftwaffen – dabei gibt's nur 3 oder 4 Fabriken, die überhaupt Flugzeuge bauen können. Da zieht jeder so was hoch, die Österreicher kaufen sich dann ein halbes Dutzend solcher Kampfflieger und lösen damit eine Koalitionskrise aus. Das hat doch alles keinen Sinn, darüber müssen wir uns doch eigentlich im klaren sein. Wenn wir so was wollen, müssen wir in der Lage sein, auch militärische Macht zu projizieren, und das sind wir im Augenblick nicht. Und deswegen ist dieses Ungleichgewicht auch in der NATO da. Die Amerikaner können's eben, und wir können's eben nicht. Und um diesen Zustand zu ändern, hilft es nichts, an der Klagemauer zu stehen, sondern da muss man die Ärmel hochkrempeln und sagen: Was müssen wir eigentlich jetzt machen? Einheitliche Ausrüstung, Verteilung der Rüstungsaufgaben auf die verschiedenen vorhandenen Fabriken, Eliminierung von Doppelarbeit und alles das. 'Zig verschiedene Stäbe für Einheiten, wo bald die Stäbe größer sind als die Einheiten. Was soll das? Da reden sie groß von gemeinsamer Verteidigung und sind nicht in der Lage, nur eine einzige 10-Cent-Münze mehr dafür auszugeben in ihren eigenen Ländern. Aber wissen Sie, Hausaufgaben machen, hier anfangen, und so wie die Dinge liegen aus der Geschichte, ist das eine Sache, wo die Franzosen die Initiative ergreifen müssen: Atommacht, Sicherheitsrat, alte Tradition, usw. usf. Und ich glaube, wenn wir gut beraten sind, dann sollten wir uns mit ihnen mal unter vier Augen an einem Kamin und ohne Presse zusammensetzen und mit ihnen darüber reden, wie wir das machen.

Plett: Ich möchte noch mal das Zitat mit den beiden Pfeilern aufgreifen, im Zusammenhang mit Ihrer Beschreibung der Suez-Krise, und ob es wirklich gelingen kann, diese zwei gleichgewichtigen Pfeiler zu etablieren, die dann die Brücke tragen, wenn ein nicht ganz unsubstanzieller Quader eines Pfeilers lieber beim anderen Pfeiler ist. Also, Sie haben ja beschrieben die Lehren, die das Vereinigte Königreich gezogen hatte: ohne die Amerikaner geht's nicht. Und Frankreich will unabhängig davon sein. Unabhängigkeit heißt eben auch getrennt, d.h. zwar im europäischen Pfeiler, aber wenn das Vereinigte Königreich lieber den amerikanischen Pfeiler stützt und dann im europäischen fehlt, ist auch kein Gleichgewicht hinzukriegen. Oder wie soll das die Brücke tragen? Also sozusagen das Bild etwas weiter gesponnen.

Allnoch: Die Situation, die Sie eben beschrieben haben, Mangel an gemeinsamer Rüstungspolitik, wurde im Konvent doch durchaus diskutiert. Also, Schaffung einer einheitlichen Rüstungsbehörde, gemeinsamer Militärstab, europäischer diplomatischer Dienst – also, es gibt durchaus Ebenen, die vernünftig über diese Sachen sprechen, sogar Vorschläge entwickeln – das ist ja die Aufgabe des Konvents. Was mich nun interessiert: Sie heben ja immer nur auf diese Kamingespräche und auf diese zwischenmenschliche Ebene, sozusagen, ab, dass das den Fortschritt bringt. Würden Sie denn dem Konvent als Institution, die Integration voranschreiten zu lassen, diese Fähigkeiten absprechen? Also wenn die jetzt einen Kompromissvorschlag ausarbeiten, der meinerwegen eine Formel enthalten würde, die Ihren Ansprüchen genügen würde, wäre das eine Möglichkeit, umfangreich in diese Richtung zu gehen?

Lenz: Das transatlantische Bündnis wird aber nur Bestand über unsere eigene Stärke haben, die wir durch unseren eigenen politischen Willen deutlich machen müssen, um so von den Vereinigten Staaten von Amerika als gleichwertiger Partner begriffen zu werden. Dies ist zuallererst eine Aufgabenstellung, die nicht an die amerikanischen Freunde zu richten ist, sondern die wir selbst zuwege bringen müssen. Und dann kommt das Kennedy-Zitat aus einer Rede von dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments und Mitglied des Konvents Elmar Brock. Der spricht das, was ich für essentiell halte, ein bisschen verschleiert an. Wir müssen nämlich eine Beschreibung dafür liefern, was dieses gemeinsame Europa im Verhältnis zu Amerika sein soll. Und ich glaube, das müsste wahrscheinlich sogar irgendwo in den Verfassungstext hineingeschrieben werden. Dann bin ich bereit, über die anderen Sachen zu reden. Das hat ja durchaus einen Sinn und ist in guter Ordnung, aber das Kardinalproblem ist: Was soll dieses Europa in der Welt? Und das meine ich jetzt nicht abstrakt, sondern in den Augen der meisten Europäer. Und wir haben es doch vor uns, dass die gesamten Beitrittsländer, die ja an historischer Erfahrung uns in nichts nachstehen, gesagt haben: aber nicht ohne die Vereinigten Staaten. Das sollte uns zu denken geben. Das können wir nicht einfach negligieren und können

sagen: die haben noch nichts zu sagen, die sind noch außen. Ich fand das unmöglich. Die haben was zu sagen, weil sie so lange ausgesperrt waren und nicht durften, wie sie wollten. Und im Übrigen: Lassen Sie alle weg, lassen Sie sämtliche Beitrittsländer weg. Gehen Sie zurück auf die alten Sechs, das war genau dasselbe Problem, das hat sich überhaupt nicht verändert. Wenn Sie in dem Punkt keine Einigung unter den Europäern zustande bringen, können Sie die ganzen anderen Gedanken spielen, aber die haben keine Wirklichkeit, weil sie nicht der Verwirklichung einer in sich abgestimmten, unter den Beteiligten abgestimmten Politik dienen, und die muss vorher da sein. Eine Wirtschaftsgemeinschaft ist ein Nullum, aber ein Gemeinsamer Markt, das ist ein klares Ziel. Und so was Ähnliches brauchen wir auch, ein begreifbares – das kann ruhig ein großes und entferntes Ziel sein, aber eins, das man anfassen kann. Es widerstrebt mir – ich habe eigentlich als Verfassungsrechtler angefangen – so was in der Verfassung zu schreiben. Aber was in der Verfassung stehen muss, das entscheidet die historische Situation und nicht die Lehrbücher. Und wenn die historische Situation es eben verlangt, dass ich eine Aussage treffe über das Verhältnis zur Welt, dann muss ich diese Aussage eben treffen. Im Deutschland des 19. Jahrhunderts, da musste jeder Staat sagen, ob er auf der Seite Preußens oder Österreichs stand. Das war eine Grundfrage seiner politischen Existenz, auf die Fragen musste er eine Antwort geben, egal ob das in den Verfassungslehrbüchern von Monarchie steht oder nicht. Ich glaube, es ist der einzige Weg, dass wir versuchen, über die außenpolitische Orientierung der Europäischen Union eine Verständigung herbeizuführen, bevor wir über die Instrumente nachdenken, die wir diesem Gebilde dann geben. Das ist eigentlich meine Botschaft. Und zu Ihnen noch zwei Bemerkungen: Das eine mit der „Praliné-Großmacht“ – Belgien meine ich – ich nehme diesen Ausdruck nicht so ernst, denn die Belgier haben natürlich den Deutschen und Franzosen einen Riesengefallen getan, indem sie eben diesen Ruch, dass die beiden „Großen“ den übrigen ihr Gesetz auferlegen, von der deutsch-französischen Position in der Irak-Frage genommen haben. Ich möchte wissen, was Verhofstadt dafür kassiert, ich meine jetzt nicht in Geld, aber dass der sich diesen Dienst irgendwo mit handfesten politischen Konzessionen bezahlen lässt, also, der müsste ja ein Anfänger sein, wenn er das nicht täte, und das ist er bestimmt nicht. Und damit sind die Luxemburger in die gleiche Richtung gezwungen worden. Ich weiß nicht, ob der Juncker das ebenfalls wollte, aber jetzt liegt er voll auf dieser Linie. Und damit sind es nicht mehr zwei Große, sondern zwei Große und zwei Kleine, und das ist für die Außenansicht ein ganz großer Unterschied, denn die beiden Kleinen haben das ja ... na ja, ein bisschen gezwungen durch die Geografie schon ... aber doch freiwillig gemacht, und so gezwungen sind sie auch nicht. Die Belgier haben ja nun doch noch eine ganze Menge Bewegungsfreiheit, europäisch gesprochen.

Also, ich glaube, die Belgier haben das politische Gewicht, die Karte, die sie

hatten, hervorragend gespielt, hervorragend! Und die gut unterrichteten Amerikaner werden das genau so sehen.

Und was das Vereinigte Königreich angeht, so sage ich Ihnen, wenn wir das machen, dann werden wir in 25 Jahren über den Beitritt Großbritanniens zu diesem europäischen Verteidigungsbündnis oder Militärbündnis oder wie immer Sie das nennen wollen, reden. Blair würde das ja längst gemacht haben, wenn er dürfte. Die Notwendigkeit sieht er ein, und das werden die Engländer dann auch sehen. Bei der wirtschaftlichen Integration hat das von 1950 bis 1970 gedauert, aber wenn die Briten sehen, dass das funktioniert, dann kommen sie. Da habe ich überhaupt keinen Zweifel.

Röper: Haben wir nicht in diesen ganzen Demonstrationen, die zur Zeit in Europa stattfinden, so etwas wie eine gemeinsame Willensbildung der Bevölkerung? Zwar diffus, und anti-Irak und anti-Krieg und anti-USA, alles mögliche, aber ist das nicht schon ein Wachsen eines europäischen Volkes? Einer europäischen Willensbildung, sagen wir so.

Lenz: Ich sehe das auch so. Aber dadurch, dass das mit dieser zu dieser Sache gar nicht gehörigen Frage durch die Ungunst der Umstände jetzt verknüpft ist, können wir das nicht instrumentalisieren. Die Bevölkerung ist sich einig, überall, aber daraus können wir keine gemeinsame politische Handlung machen, weil das diesen Hautgout hat. Dieser Hautgout muss weg.

Brüggemeier: 6 Jahre George W. Bush (möglicherweise, wenn er die Wahlen gewinnt) heißt, dass Europa den Weg, den Sie hier skizzieren, nicht beschreiten kann, weil dieser Exorzismus, dieser religiöse Fanatismus – das muss man ja wirklich auch mal deutlich sagen – einen Diskurs sehr erschwert.

Lenz: Ich sehe das ganz anders.

Brüggemeier: Interessant! Wenn Sie uns das noch mal kurz erläutern, und dann machen wir aber auch wirklich Schluss.

Lenz: Wenn der Präsident der Europäischen Union wirklich im Namen aller sprechen könnte und würde Bush das sagen, was Sie eben gerade gesagt haben, dann würde er zuhören.

Brüggemeier: Ja, nur ist es insofern zirkulär, als die jetzige Administration die Polarisierung Europas provoziert und deshalb dieser Prozess, dass wir einen Präsidenten hier in Europa haben, der eine gemeinsame Position artikulieren kann, eben nicht möglich ist. Das ist doch die Situation im Augenblick. Die wird sich ja nicht ändern, und insbesondere wenn die Beitrittskandidaten drin sind mit ihrer historischen Erfahrung, mit der völlig verständlichen Orientierung, dass Amerika die Garantie ist für ihre jetzt neu gewonnenen demokratischen, freiheitlichen, rechtsstaatlichen Strukturen. Das ist ja alles nachvollziehbar, ist ja alles richtig, und insofern finde ich auch Ihre Kritik an Chirac völlig in Ordnung. Nur

genau dieser ... Bush ist jetzt eben einfach die Person, die Politik, das Konzept, was Europa spaltet. Das ist doch das Problem, und daran ändert sich dann auch in den nächsten vier Jahren nichts, wenn er wiedergewählt wird. Er hat ja gut angefangen, das ist ja das Problem. Er hat gut angefangen nach dem 11. September, wo die Erwartung war, dass er genau das macht, was er jetzt macht bzw. die Administration mit seiner Cheney/Rumsfeld/Ashcroft-Truppe. Er hat eine internationale Allianz gebildet – und das war genau der Weg, auf den man mit Europa, auch einem zusammenwachsenden Europa, sich befassenden Europa, hätte kooperieren können. Aber diesen Weg hat er verlassen, und deshalb sind wir doch im Augenblick in der Situation. Wir reden alle über den Irak, obwohl der Irak doch für alle, die irgendwie ein bisschen Überblick haben, ja ... ein absoluter Nebenkriegsschauplatz ist. Ja, aber warum ist die ganze Welt fixiert, nur weil die amerikanische Administration das jetzt zur obersten Priorität gemacht hat. Da muss jetzt die Freiheit hin exportiert werden, und dann soll die türkische Armee die Kurden entwaffnen! Man hält es im Kopf nicht aus! Was da an Folgen ... als ob die überhaupt diese Region nie zur Kenntnis genommen haben. Also, man kann sich nur aufregen – ich bitte um Nachsicht – in der Situation haben wir die Spaltung. Das ist einfach ein Problem, wo wir dann, glaube ich, mit Vernunft und natürlich noch diesen Großdiplomaten Chirac und Schröder in Europa oder anderen ... Ich meine, es ist eine sehr verhängnisvolle Konstellation. Ich glaube, dass dies die Politik in Europa für die nächsten Jahre blockiert.

Lenz: Also, ich stimme Ihnen ja zu, konkret gesprochen, dass die amerikanische Politik zur Spaltung Europas beiträgt. Aber ich meine nach wie vor, wir wären dafür verantwortlich, wie wir uns verhalten. Und wenn wir bei den Amerikanern die Ursache suchen, werden wir das Problem nie lösen können, denn auf die Amerikaner haben wir gegenwärtig nun mal keinen Einfluss. Wir müssen die Lösung bei uns suchen. „In unserer Brust sind unseres Schicksals Sterne.“

Brüggemeier: Okay, das war jetzt definitiv das Schlusswort.

Lieferbare ZERP-Diskussionspapiere

(in Papierform = P bzw. als elektronische Kopie = E*)

* siehe unsere Homepage: www.zerp.uni-bremen.de (Publikationen)

- DP 7/91: *Gerd Winter* (Hrsg.), Die Europäischen Gemeinschaften und das Öffentliche, Dezember 1991 (P)
- DP 3/92: *Ines Katharina Gerwien*, Die Kontrolle von Pestiziden in exportierenden Industrieländern und Entwicklungsländern, am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und Malaysias, Oktober 1992 (P)
- DP 7/93: *Michelle Everson*, To the Constitutional Position of the Citizen of the United Kingdom, Dezember 1993 (P)
- DP 3/94: *Monika Jagels-Sprenger*, Der Fall PVC. Ein ungewisses Risiko und seine rechtliche Bewältigung, März 1994 (P)
- DP 4/94: *Geoffrey Woodroffe/Philip Rawlings/Chris Willett*, Financial Services in the United Kingdom, März 1994 (P)
- DP 5/94: *Edda Castelló*, Untersuchung von Beschwerdesystemen für Finanzdienstleistungen, März 1994 (P)
- DP 8/94: *E. Alexandridou/M.-T. Marinos/C. Mastrokostas/G. Triantaphyllakis*, Financial Services in Greece, Juli 1994 (P)
- DP 1/95: *Christian Joerges*, Die Beurteilung der Sicherheit technischer Konsumgüter und der Gesundheitsrisiken von Lebensmitteln in der Praxis des europäischen Ausschußwesens ("Komitologie"), Mai 1995 (P)
- DP 1/97: *Dorothee Eidmann*, Ausländer und Verwaltung. Eine Skizze am Beispiel des Ausländeramtes in Bremen, Januar 1997 (P/E)
- DP 2/97: *Josef Falke/Armin Höland*, Die Rechtspraxis der Beendigung von Arbeitsverhältnissen. Vorüberlegungen zu einem neuen Forschungsprojekt, März 1997 (P/E)
- DP 3/97: *Edwige Lefebvre*, A Historical Profile of Belgium: From Urban to Modern Belgian Citizenship, Juli 1997 (P/E)
- DP 4/97: *Edwige Lefebvre*, The Belgian Constitution of 1831: The Citizen Burgher, Juli 1997 (P/E)
- DP 5/97: *Edwige Lefebvre*, French Republicanism in Algeria: „Citouyen-Colon“ versus „Sujet-Musulman-Français“, Juli 1997 (P/E)
- DP 6/97 *Ulrich K. Preuß/Armin Höland* (eds.), The Normative Foundation of the Polity, Oktober 1997 (P/E)
- DP 7/97 *Konstanze Plett*, Rechtliche Hindernisse auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Frauen, Oktober 1997 (E)
- DP 1/98: *Wolf Sauter*, EU Regulation for the Convergence of Media, Telecommunications, and Information Technology: Arguments for a Constitutional Approach?, Januar 1998 (P/E)
- DP 1/99 *Jürgen Neyer/Dieter Wolf/Michael Zürn*, Recht jenseits des Staates, März 1999 (E)
- DP 2/99 *Josef Heimann*, "Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr" – der neue Titel IV EGV unter besonderer Be-

- rücksichtigung des Schengen-Protokolls, Oktober 1999 (P/E)
- DP 1/00 *Armin Höland/Uwe Reim/Holger Brecht*, Flächentarifvertrag und Günstigkeitsprinzip. Zusammenfassung einer empirischen und rechtlichen Untersuchung der Anwendung von Flächentarifverträgen in den Betrieben, März 2000 (P/E)
- DP 2/00 *Armin Höland/Uwe Reim/Holger Brecht*, Association-Level Agreements and Favourability Principle, Dezember 2000 (E)
- DP 1/02 *Anita Boeker*, The Establishment Provisions of the Europe Agreements: Implementation and Mobilisation in Germany and the Netherlands, April 2002 (P/E)
- DP 2/02 *Nikola Lafrenz*, Die Pflegeversicherung als Teil der Krankenversicherung im Sozialrecht der Europäischen Union – Die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes, Oktober 2002 (E)
- DP 3/02 *Ailine Wolff-Pfisterer*, Sprache als Freizügigkeitshindernis in der EU - Sprachliche Anforderungen an ausländische EG-Bürger im Rahmen der Anerkennung von Befähigungsnachweisen für den Berufszugang und die Berufsausübung, Oktober 2002 (E)
- DP 4/02 *Michael W. Schröter*, Lebensmittelrechtliche Vorsorge als Rechtsprinzip – nationale, europäische und welthandelsrechtliche Aspekte, Dezember 2002 (E)
- DP 1/03 *Christine Godt*, Streit um den Biopatentschutz: Stoffschutz, Patente auf Leben und Ordre Public. Nationaler Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung der Europäischen Biopatentrichtlinie, Dezember 2003 (P/E)